



## „Agenda Arbeit“ statt „Agenda 2010“

**Angela Merkel wird die Union als Kanzlerkandidatin von CDU und CSU in die Bundestagswahl führen.**

Der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber gab die Nominierung Merkels nach einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien von CDU und CSU bekannt. Die Entscheidung sei „einstimmig und einmü-

tig“ gefallen, erklärte Edmund Stoiber nach der Nominierung im Konrad-Adenauer-Haus und betonte: „Angela Merkel hat das volle Vertrauen und die volle Unterstützung von CDU und CSU“.

Der bayerische Ministerpräsident sicherte Angela Merkel ausdrücklich ▶

### INHALT

Volker Kauder:  
Schröder sind Wahl-  
kampfspielchen wichtiger  
als Arbeitslose

Seite 4

Karl-Josef Laumann  
zum Arbeitsmarkt:  
Ohne Politikwechsel  
keine Besserung

Seite 5

► seine persönliche Unterstützung zu. Die CSU werde im Wahlkampf die gleiche Einigkeit zeigen, wie sie die CDU 2002 bewiesen habe. „Wir werden mit unermüdlichem Einsatz, mit aller Kraft und voller Geschlossenheit um den Sieg kämpfen“, erklärte der bayerische Ministerpräsident. „Sie werden mich an ihrer Seite haben“, versprach er der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Ich werde alles tun, damit Sie die erste Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland werden“.

Angela Merkel dankte für die Unterstützung und verwies auf die erschreckende Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün. „Über allem steht die bedrückende Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen. Deshalb brauchen wir keine Agenda 2010 mehr, so richtige Schritte von ihr waren. Wir brauchen eine Agenda Arbeit“, sagte die Spitzenkandidatin von CDU und CSU. Dazu müsse sich das Land wieder auf den Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft

besinnen: „Arbeit braucht Wachstum und Wachstum braucht Freiheit“. Nur wenn wieder allgemein anerkannt sei, dass „Freiheit und Wettbewerb Hebel für die Lebenschancen von Menschen sind“, gelinge es auch, „wieder mehr Solidarität und mehr Gerechtigkeit in unserem Land“ zu verwirklichen.

Die Partei- und Fraktionsvorsitzende erklärte, dass sich die Werte Demokratie und Soziale Marktwirtschaft in der Globalisierung behaupten müssten. Klar sei, dass Deutschland im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne nicht mithalten könne. „Wir wollen das auch nicht“, bekräftigte Merkel. Um dennoch im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, „müssen wir schneller, flexibler und besser sein“. Außerdem „müssen wir Dinge können, die andere nicht können“. Deshalb werde die Union der Schaffung von Arbeitsplätzen in Zukunftstechnologien ebenso Vorrang einräumen wie dem Abbau von Einstellungshindernissen. In diesem Zusammenhang kündigte Merkel eine

stärkere Abkopplung der Sozialbeiträge von den Löhnen, eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung, weniger Bürokratie und eine Große Steuerreform an. Auf der Grundlage dieses „Rasters“ werde die Union am 11. Juli ein gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU beraten und beschließen. Am 28. August finde ein CDU-Parteitag statt.

### „Politik aus einem Guss“

Merkel sagte weiter, mit diesem Reformweg habe die Union die Chance, „Schluss mit dem Stückwerk von Rot-Grün zu machen“. Anstelle des „ständigen Nachbesserns“ könnten CDU und CSU nach einem Regierungswechsel „wieder Politik aus einem Guss machen“. Nur so werde die Gesellschaft die Spaltung zwischen alt und jung, zwischen Ost und West oder zwischen Menschen mit Arbeit und Menschen ohne Arbeit überwinden. Ausdruck dieser Spaltungen sei „das schlim-

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 2226-802-0, Telefax 0 2226-802-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 2226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Volker Kauder, Angela Merkel und Edmund Stoiber

me Wort von den Ich-AGs“, betonte die Kanzlerkandidatin. „Wir wollen die Ich-AGs durch die Wir-Gesellschaft ersetzen“. Die „Agenda Arbeit“ sei der Weg dahin.

„Ich mache mir nichts vor“, versicherte die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Nach dem Regierungswechsel werde die Union eine „schwere Hinterlassenschaft von ungelösten Problemen vorfinden“. Angesichts der desolaten Haushaltslage müsse eine unionsgeführte Bundesregierung erst wieder neue Spielräume schaffen. Die klaren politischen Verhältnisse mit Unionsmehrheiten in Bundesrat und Bundestag würden dabei „den Mut zu klaren Lösungen geben, damit Deutschland keine Zeit mehr verliere und endlich von dem Zickzackkurs“ wegkomme.

## „Mut zur Ehrlichkeit“

In diesem Zusammenhang machte die Kanzlerkandidatin deutlich, dass CDU und CSU auf diesem Weg „auf die Hilfe der gesamten Bevölkerung angewiesen“ seien. „Wir werden kein Wahlprogramm beschließen, das jemanden aussperrt“, betonte Merkel. „Menschen ohne Lobby“ oder „jenseits organisierter Interessen“ müssten in der Union eine Stimme haben. Zwar sei ein Wahlprogramm keine „Verabschiedung von konkreten Gesetzgebungsvorhaben“. Aber es werde ein Wahlprogramm „mit dem Mut zur Ehrlichkeit“ sein. „Kein Problem wird schön geredet, keine Allwissenheit vorgetäuscht“, auch würden keine „Patentrezepte formuliert werden, wo es

keine Patentrezepte gibt“. Dies würden die Menschen durchschauen, denn sie hätten ein „ganz feines Gespür für Ehrlichkeit“. Nötig sei stattdessen eine „Politik des Zuhörens“. Merkel kündigte an, sie werde „einen Wahlkampf ohne Feindbilder“ führen. „Wer auf Feindbilder setzt, setzt auf Angst und hat Angst“. Die Union werde in den bevorstehenden Auseinandersetzungen „auf Zukunft und auf den mündigen Bürger“ setzen, erklärte Merkel. Die Alternativen seien bekannt: Entweder ein „Weiter so“ mit Rot-Grün oder die Chance auf Besserung mit einer anderen Politik. Die Union mache keine falschen Versprechungen. Denn bereits heute könne jeder sehen, dass es den Menschen dort, wo die Union regiere, besser gehe. Zwar sei die Union auf ihre Wahlerfolge in den Ländern stolz, betonte die Kanzlerkandidatin. „Aber zufrieden sind wir nicht, denn Deutschland geht es noch nicht gut“. Eine unionsgeführte Bundesregierung arbeite deshalb dafür, dass es „Deutschland wieder besser geht“. Dabei gehe es weder um persönliche Karrieren noch um Parteien, versicherte Merkel. „Es geht um etwas anderes. Wir wollen Deutschland dienen, ich will Deutschland dienen“.

# Schröder sind Wahlkampfspielchen wichtiger als Arbeitslose

**Trotz saisonbedingter Beschäftigungszunahme sind immer noch knapp fünf Millionen Menschen ohne Arbeit. Im Vorjahresvergleich sind über eine halbe Million Arbeitsplätze weggebrochen. Eine grundlegende Besserung der Arbeitsmarktlage ist nicht in Sicht.**

Das ist die Folge einer sprunghaften, chaotischen Politik der Bundesregierung, die den Menschen Planungssicherheit nimmt und dazu führt, dass Bürger und Unternehmen ihr Geld zusammenhalten statt zu investieren.

Millionen Arbeitslose sind auch Millionen Einzelschicksale. Diese Menschen haben ein Recht auf eine Regierung, die die Arbeitslosigkeit abbaut und die Wirtschaft ankurbelt. Doch den Bundeskanzler und seine rot-grünen Bundesgenossen interessiert das nicht. Sinnlose Taktiererei um Neuwahltermine und Vertrauensfrage sind ein Schlag in das Gesicht der Menschen, die existentielle Probleme bewältigen müssen. Sie bringt keinen einzigen Arbeitslosen wieder in Beschäftigung. Rot-Grün schadet genau jenen



CDU-Generalsekretär Volker Kauder

Menschen, die diese Regierung vorgibt zu schützen.

Die wahre Lage offenbart die Zahl der Beschäftigten: Monat für Monat weniger Menschen in Deutschland in Arbeit – mit katastrophalen Folgen für Steuern und Sozialsysteme. Aber Rot-Grün nimmt sich Zeit und will weitere vier Wochen verstreichen lassen, um in ihrem Wahlmanifest Konzepte zum Thema Arbeitslosigkeit vorzulegen. Für eine Regierung, die sieben Jahre Zeit hatte,

ihre Konzepte zu verwirklichen, ein Armutszeugnis.

Auch die Koalitionsrunde hat gezeigt: Die Bundesregierung liegt in Agonie. Zweieinhalb Monate sind seit dem Spitzentreffen im Kanzleramt vergangen – geschehen ist bislang nichts. Dass die Bundesregierung angeblich doch noch eine Reform der Unternehmenssteuern angehen will, erscheint angesichts der Auflösungserscheinungen von Rot-Grün kaum wahrscheinlich. Schröder verhält sich wie ein Sitzenbleiber, der vier Monate vor Ende des Schuljahrs nichts, aber auch gar nichts mehr macht. Im Interesse der Arbeitslosen fordern wir den Bundeskanzler auf: Wenigstens die mageren Beschlüsse des Spitzentreffens vom März müssen noch vor der Sommerpause schleunigst umgesetzt werden.

## DER ARBEITSMARKT IM MAI

Die Zahl der Erwerbslosen ist um 161 000 auf 4 806 589 gesunken, die Arbeitslosenquote sank von 12,0 auf 11,6 %. Allerdings sind 510 400 Menschen mehr erwerbslos, als im Vorjahr. In den alten Bundesländern wurden im Mai 3 169 980 Männer und Frauen als arbeitslos gezählt. In Ostdeutschland gab es 1 636 609 Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote lag im Westen bei 9,7 %, im Osten bei 18,9 %.

# Arbeitsmarkt: Ohne Politikwechsel keine Besserung

Auch wenn die Arbeitslosenzahlen gegenüber letzten Monat leicht zurückgegangen sind, bedeutet dies nicht, dass jetzt Entwarnung am Arbeitsmarkt gegeben werden kann oder dass der Rückgang den Reformen der Bundesregierung zu verdanken wäre.

Die Grundprobleme am Arbeitsmarkt bleiben. Zu viele Menschen haben zu wenige Chancen, schnell wieder einen Job zu finden. Besonders hoffnungslos ist die Lage für die Älteren und für die schlecht Ausgebildeten.

## Arbeitsmarktkonzepte der Union

Wie will die Union die Arbeitslosigkeit in Deutschland senken?

Man muss hierfür insbesondere die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern, also insbesondere Forschung und Innovation stärken, um zukunfts-trächtige Arbeitsplätze zu schaffen. Hierzu gehört eine stärkere Nutzung der Chancen in der grünen Gentechnik und anderen neuen



Karl-Josef Laumann

Technologien. Gesetzliche Restriktionen, die dies zurzeit verhindern, müssen beseitigt und soweit möglich finanzielle Anreize besser dort als in anderen Bereichen eingesetzt werden. Außerdem muss beispielsweise das Planungsrecht vereinfacht und behördliche Genehmigungsverfahren entbürokratisiert werden, soweit hierdurch Unternehmensaktivitäten behindert werden. Im Arbeitsrecht haben wir beschlossen, durch gezielte Flexibilisierung an einzelnen Stellen die Chancen auf Einstellungen und mehr Beschäftigung zu erhöhen. Wir fordern, eine rechtliche Grundlage für betriebliche Bündnisse für Arbeit zu schaffen sowie für Neueinstellungen folgende

Änderungen im Kündigungsschutzgesetz vorzunehmen: Kleine Betriebe bis 20 Arbeitnehmer sollen von der Geltung des Kündigungsschutzgesetzes befreit sein, wir wollen zum Zeitpunkt der Einstellung dem Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Option eröffnen, gegen Vereinbarung einer Abfindung im Falle der Kündigung auf die Anwendung des Kündigungsschutzgesetzes zu verzichten. Außerdem sollen Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Möglichkeit erhalten, zwischen einem befristeten Arbeitsverhältnis und einem unbefristeten unter zeitweisem Verzicht auf den Kündigungsschutz zu wählen. Zu den notwendigen Änderungen bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehört natürlich auch ein einfaches Steuerrecht und niedrigere Energiepreise, die durch ein Umsteuern bei der Subventionierung der regenerativen Energien erreicht werden können.

**Karl-Josef Laumann** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Berlin

# Hauptstadt-CDU wählt neuen Landesvorsitzenden

## Ingo Schmitt ist neuer Vorsitzender der Berliner CDU.

Der Europaabgeordnete und bisherige Landesschatzmeister bekam auf einem Landesparteitag 85 Prozent der Delegiertenstimmen. Als eine seiner Hauptaufgaben, so erklärte Schmitt, sehe er, einen CDU-Spitzenkandidaten für die Abgeordnetenhauswahl im kommenden Jahr zu finden.

In seiner Gastrede rief Generalsekretär Volker Kauder die Partei in der Frage der Steuerpolitik zur Geschlossenheit auf und warnte davor, täglich Einzelpunkte in die Debatte zu werfen. Notwendig sei vielmehr ein Gesamtkonzept, das die Union im Zusammenhang mit dem Wahlprogramm vorbereite. Das Programm solle im Juli vorgelegt werden. Der Generalsekretär erklärte, das Steuerkonzept der Union solle „nicht zu Mehrbelastungen“ führen. „Wir müssen aber aufpassen, ob wir zusage, dass es zu nennenswerten Entlastungen kommt“, fügte er hinzu. Es müsse klar gemacht werden, dass „nicht alles von heute auf morgen umgesetzt werden kann“.



Ingo Schmitt

Weiter sagte Kauder: „Unsere Botschaft heißt: Wir räumen dieses Land wieder auf, und jeder muss nach seinen Kräften mit anpacken“.

Der SPD warf Kauder wegen der angestrebten vorgezogenen Bundestagswahl „Zockermentalität“ vor: „Franz Müntefering und Gerhard Schröder zocken um die Macht und verspielen dabei unser Land“, so der Generalsekretär. Eine Neuwahl müsse auf dem verfassungsgemäßen richtigen Weg zu Stande kommen. Volker Kauder forderte: „Die Regierung muss weg. Die Union will Neuwahlen. Aber dabei darf von Rot-Grün nicht getrickst werden.“

Im Hinblick auf eine eventuelle Neuwahl forderte



Frank Henkel

Kauder die Delegierten auf, vor Leidenschaft zu „brennen“. „Denn nur wer brennt, kann andere Menschen anstecken“.

Als neuer Generalsekretär wurde der parlamentarische Geschäftsführer der Abgeordnetenhausfraktion, Frank Henkel, gewählt, neuer Schatzmeister ist Roland Gewalt. Als Stellvertreter wurden gewählt: Axel Ekernkamp, Marlies Wanjura, Joachim Zeller, Carsten-Michael Röding, Astrid Jantz, Stefanie Vogelsang und Manfred Wilke.

Alle Wahlergebnisse und Beschlüsse finden Sie unter [www.cdu-lv-berlin.de](http://www.cdu-lv-berlin.de)

Brandenburg

## CDU ist treibende Kraft

**Jörg Schönbohm ist zum vierten Mal in Folge zum Vorsitzenden der CDU Brandenburg gewählt worden.**

Auf einem Landesparteitag in Schwedt stimmten 78 Prozent der Delegierten für den seit 1999 amtierenden Parteivorsitzenden. In seiner Rede lobte Schönbohm seine Partei als die „treibende Kraft, die das Land voranbringt“. Er wolle deshalb, dass der „Wind des Aufbruchs“ auch weiterhin in Brandenburg wehe. Schönbohm forderte ein stärkeres Wirtschaftsprofil für Brandenburg. Nur so könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit Blick auf die vom Koalitionspartner SPD angestoßene Debatte um eine besondere Förderung des Berliner Speckgürtels



Jörg Schönbohm

versicherte er, dass die CDU auch die hauptstadtfernen Regionen Brandenburgs nicht im Stich lassen werde. Für ihn gelte der Dreiklang „starke Regionen, starkes Zentrum, starkes Land“.

Neben der Wirtschaftsförderung stand der „Bürokratieabbau“ ganz oben auf der Agenda des Parteitags. Schönbohm warf der SPD

vor, „alles bürokratisch zu reglementieren“. Die CDU beschloss, 2006 zum „Jahr des Bürokratieabbaus“ in Brandenburg zu machen und damit den Druck auf die SPD zu erhöhen, endlich einen spürbaren Bürokratieabbau voranzubringen. Ferner sprach sich der Parteitag für die Förderung der Grenzregionen und für eine Beschränkung von Verbeamten im Land und in den Kommunen aus.

Zum Generalsekretär wurde Sven Petke gewählt, der das Amt bereits seit Herbst 2004 ausübt. Als Stellvertreter Schönbohms wurden Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns, Fraktionschef Thomas Lunacek sowie die Landtagsabgeordneten Barbara Richstein und Michael Schierack ernannt.

### DER LANDESPARTEITAG IM INTERNET

Auch in kommunikativer Sicht hat der Parteitag neue Akzente gesetzt. Auf einem eigens entworfenen Internet-Portal zum Parteitag findet der Interessierte neben Beschlusstexten und Fotos auch einen Imagefilm mit Impressionen rund um Brandenburg und das Delegiertentreffen. Zu

den Neuerungen gehörte auch eine Parteitagszeitung, die Informationen zu den Leitanträgen sowie Wissenswertes über die Gründung der CDU Brandenburg vor 60 Jahren enthielt. Auf dem Parteitag neu eingeführt wurde zudem ein SMS-Service. In „Echtzeit“ erhielten meh-

rere hundert Delegierte und registrierte Mitglieder Informationen per Handy-Kurzmitteilung. Die „CDU-Brandenburg-Info“ soll nun auch in dem sich abzeichnenden Bundestagswahlkampf eingesetzt werden, um schnell und gezielt mit den Mitgliedern kommunizieren zu können.

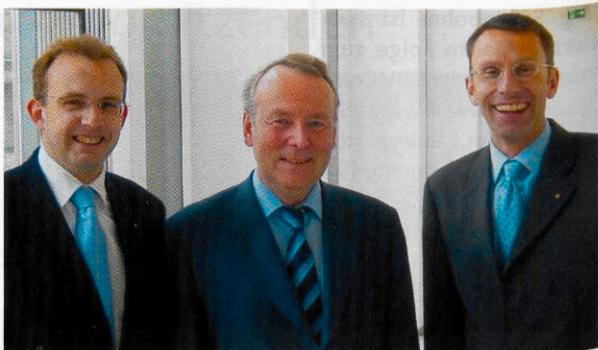
Bremen

## Neue Führungsmannschaft komplett

Die Bremer CDU hat ihre Führungsmannschaft in Fraktion und Regierung neu geordnet. Der bisherige Fraktionschef Jörg Kastendiek hat auf Vorschlag von CDU-Landeschef Bernd Neumann das Amt des Wirtschafts-, Häfen- und Kultursenators übernommen.

Die Fraktion wird nun von Hartmut Perschau geleitet und die Funktion des stellvertretenden Regierungschefs übernimmt Innensenator Thomas Röwekamp. Die neue Aufgabenverteilung war durch den Rücktritt von Dr. Peter Gloystein als Senator und stellvertretender Regierungschef notwendig geworden.

Bernd Neumann betonte, dass sowohl Hartmut Perschau als auch die jungen Senatoren Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Umweltsenator Jens Eckhoff über langjährige politische Erfahrung in Partei und Fraktion verfügten. „Unser Team ist eine ausgezeichnete Besetzung und eine hervorragende Mischung aus Jugend und Erfahrung“, so Bernd Neumann. Hartmut Perschau, der im vergangenen Jahr aus



(v.l.n.r.): Bürgermeister Thomas Röwekamp, Fraktionschef Hartmut Perschau und Wirtschaftssenator Jörg Kastendiek.

gesundheitlichen Gründen von seinem Senatoren- und Bürgermeisteramt zurückgetreten war, sich aber weiterhin als Abgeordneter und stellvertretender Landesvorsitzender engagiert hat, sei inzwischen von seiner Krankheit genesen. Der CDU-Landeschef lobte vor allem die hohe Integrations-

kraft und Erfahrung Perschaus. „Mit dieser Vierertruppe gehen wir sehr optimistisch in die zweite Halbzeit.“ Eine Entscheidung über die Mannschaft, die 2007 in die Bürgerschaftswahl gehe sowie die Frage des Spitzenkandidaten werde jedoch erst im Herbst 2006 getroffen.

Folgende Dokumente stehen für Sie auf der Homepage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de) zum Download bereit:

- Ziele und Vorteile einer solidarischen Gesundheitsprämie (01.06.05)
- Informationspapier Energiepreise (04/05.05)
- Rot-Grüne Politik führt in die Staatsverschuldung – Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2005 (13.05.05)
- Vertrag über eine Verfassung für Europa – Entscheidung des Deutschen Bundestages über das Ratifikationsgesetz (04.05.05)

## DNA-Analyse: Rot-grüner Gesetzentwurf unzureichend!

Die DNA-Analyse ist ein Glücksfall für die moderne Verbrechensbekämpfung. Deutschlandweit konnten in den letzten Jahren viele schreckliche Verbrechen dank der DNA-Analyse, dem so genannten genetischen Fingerabdruck, aufgeklärt werden. Die DNA-Analyse ist das sicherste Beweismittel der Ermittler. Sie überführt Täter, schreckt Nachahmer und Wiederholungstäter ab und schützt damit vor allem mögliche Opfer.

Hessen, Bayern und andere Bundesländer haben bereits im Januar gemeinsam mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Gesetzesinitiative zur Ausweitung der DNA-Analyse gestartet. Der genetische Fingerabdruck soll mit dem herkömmlichen Fingerabdruck gleich gesetzt und damit zum Standard der erkennungsdienstlichen Behandlung werden. Ziel ist es, die DNA-Datei des Bundeskriminalamts auf eine deutlich breitere Basis zu stellen, um in Zukunft noch mehr Straftäter identifizieren zu können.

Die rot-grüne Bundesregierung hat am 11. Mai einen eigenen unzureichenden Ent-



Christean Wagner

wurf zur DNA-Analyse vorgestellt. Er bleibt deutlich hinter den Vorschlägen von CDU und CSU zurück. Die DNA-Analyse soll lediglich auf Wiederholungstäter ausgedehnt werden. Im Klartext bedeutet dies, dass bei den meisten rückfallgefährdeten Tätern erst weitere Straftaten abgewartet werden müssen, bis ein genetischer Fingerabdruck zum Zwecke einer späteren Identifizierung genommen werden darf. Ein solches Abwarten von Wiederholungstaten ist unter Opferchutzgesichtspunkten unerträglich. Mit ihrem Vorschlag setzt sich Rot-Grün in Widerspruch zu eigenen vollmundigen Ankündigungen. Auch Bundesinnenminister Schily hat sich öffentlich dafür eingesetzt, die DNA-Analyse

zum Standard der erkennungsdienstlichen Behandlung zu machen. Ähnlich Kanzler Schröder, der sich für eine „größtmögliche Nutzung“ des genetischen Fingerabdrucks ausgesprochen hat.

Es ist bedauerlich, dass Rot-Grün den Strafverfolgern jetzt doch moderne und wirksame Mittel vorenthalten will. Ein sachlicher Grund für diese Beschränkung ist nicht ersichtlich. Die DNA-Analyse erstreckt sich nur auf den Bereich der DNA, der für eine Analyse von Erbinformationen untauglich ist.

Worte und Taten passen in der Rechtspolitik von Rot-Grün in vielen Fällen nicht zusammen. Weitere aktuelle Beispiele sind die Sicherungsverwahrung, die Bekämpfung von Graffiti und die Strafbarkeit von „Stalking“. Bei diesen Themen hat Rot-Grün genauso wie bei der DNA-Analyse über einen langen Zeitraum eine Verweigerungshaltung eingenommen und verspätet halbherzige eigene Vorschläge vorgelegt. Dieses Vorgehen vernachlässigt die berechtigten Interessen der Opfer.

**Christean Wagner** ist hessischer Justizminister.

## Energieforschungsprogramm der Bundesregierung mit erheblichen Mängeln

Das mit erheblicher Verspätung vorgelegte 5. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung beseitigt die gravierenden Mängel rot-grüner Energiepolitik nicht.

Energieforschung hat eine strategische Bedeutung und muss in Verantwortung für zukünftige Generationen alle Optionen offen halten. Dies ist nicht gewährleistet.

Zwar sind die Ansätze zur Kraftwerksentwicklung, insbesondere zum emissionsarmen Kraftwerk für fossile Brennstoffe durchaus zu begrüßen. Diese reichen aber al-

leine nicht aus.

Der zweitgrößte Standpfeiler der Energieversorgung weltweit sind nukleare Kraftwerke. Einst waren deutsche Kerntechniker führend, jetzt haben wir in diesem Hochtechnologiebereich einen Fadenriss. Während weltweit Kraftwerke neuen Typs entwickelt werden und zahlreiche Innovationen anstehen, steigt Deutschland aus dieser Hochtechnologie aus.

Eine weitere gravierende Schwäche des Energieforschungsprogramms liegt in der Vernachlässigung der Grundlagenforschung. Dies betrifft einmal die Fusionsforschung, bei der Deutsch-



Katherina Reiche



Axel Fischer

land noch sehr gut aufgestellt ist. Sie soll anteilmäßig stark verringert werden. Ebenso wird die Erschließung neuer Energieressourcen vernachlässigt.

Dagegen werden bei den Erneuerbaren Energien falsche Schwerpunkte gesetzt. Die Forschungsmittel werden auf Bereiche konzentriert, ohne nach der volkswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit zu fragen. Forschung bei den Erneuerbaren Energien

## EUROPA NICHT ÜBERDEHNEN

**Ich bedauere die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages im Referendum in Frankreich und den Niederlanden. Der europäische Integrationsprozess steht damit vor einer äußerst schwierigen Herausforderung.**

Genau aus diesem Grund muss das Votum der französischen Bevölkerung auch ernst genommen werden. Wir müssen daraus die richtigen Lehren für die Zukunft

ziehen.

Es ist deshalb die Aufgabe der Politik, wieder ein Europa der Bürger zu schaffen. Die europäische Idee wird nur dann weiter Erfolg haben, wenn sie auch von den Bürgern und Bürgerinnen verstanden wird. Und sie wird nur dann Erfolg haben, wenn wir die Ängste und Sorgen der Menschen auch wirklich ernst nehmen.



Wenn wir die Europäische Union überdehnen und das Übermaß an Bürokratie nicht abbauen, wird uns das nur schwer gelingen.

Die Union steht auch trotz des Rückschlages hinter dem Verfassungsvertrag. Wir hoffen, dass der Ratifizierungsprozess in den weiteren Mitgliedstaaten erfolgreich fortgeführt wird.

ist wichtig, sie muss sich jedoch auf die Verbesserung der Energieausbeute und der Wirtschaftlichkeit der Anlagen konzentrieren.

Das neue Energieforschungsprogramm hat nicht nur inhaltliche Mängel, sondern es beendet auch nicht die teilweise chaotischen Zustände, großen Reibungsverluste und unnötigen Verzögerungen aufgrund von Abstimmungsprobleme zwischen Umwelt-, Wirtschafts- und Forschungsministerium. Die Zuständigkeit der Energieforschung gehört ins Forschungsministerium, die Aktivitäten sind dort zu bündeln.

**Katherina Reiche** ist die forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Axel Fischer** ist der zuständige Beirichterstatler.

## SPD-Blockade der Föderalismusreform

Die wahltaktische Blockade der Föderalismusreform durch die SPD enttäuscht die Kommunen in Deutschland. Dabei waren sie noch vor kurzer Zeit guter Dinge. Im Zuge des Job-Gipfels wurde eine zeitnahe Wiederaufnahme der Föderalismusreformdebatte vereinbart.



Peter Götz

Die Erwartungen der Kommunen an die Reform konzentrieren sich dabei auf die Unterbindung des direkten Bundesdurchgriffs auf die kommunale Ebene. Schließlich hat die direkte Überbürdung kostenintensiver Aufgaben seitens der rot-grünen Bundesregierung entscheidend zur anhaltenden kommunalen Finanzmisere beigetragen.

Dem Bund muss es deshalb künftig verwehrt sein, neue Aufgaben unter Umgehung der Länder unmittelbar auf die Kommunen zu übertragen. Diese Forderung, die seitens der Union von Anfang an massiv unterstützt wurde, stieß am Ende sogar auf breite Zustimmung in der Reformkommission.

Mit dem erneuten Rückzug der SPD aus den Verhandlungen blockiert die Bundesregierung ein weiteres Mal die dringend notwendige Staatsreform. Die

Gründe dafür liegen auf der Hand: Die Regierung Schröder/Müntefering betreibt einmal mehr Wahlkampf auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger

**Peter Götz** ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Föderalismusreform weiter voranbringen

**Das Verhalten des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering zeigt einmal mehr, dass er die Notwendigkeit einer sauberen und raschen Neuordnung des Bund-Länder-Verhältnisses dem parteitaktischen Kalkül opfert.**

Nach den intensiven Beratungen in der Bundestaatskommission bestand nun eine realistische Chance auf eine Einigung, die von der SPD aus vorgeschobenen formalen Gründen verteidelt wurde. Die Reform des Föderalismus ist für die Zukunft unseres Landes von höchster Bedeutung, da sie wiederum die unabdingbare Voraussetzung für eine Modernisierung der Wirtschaft und Sozialpolitik unseres Landes ist. Wer eine Politik für mehr Arbeitsplätze will, muss Bund und Ländern auch die Gestaltungsmacht für eine solche Politik geben.



Günther Krings

Die SPD will sich aber an dieser Stelle lieber aus ihrer Verantwortung stellen.

Die Blockadepolitik Münteferings darf nicht dazu führen, das Vorhaben grundsätzlich zu den Akten zu legen. Alle politischen Kräfte müssen weiterhin daran arbeiten, dass es zu einer klaren Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern kommt. Die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verweist dabei noch einmal auf den mit 20 jungen Landtagsabgeordneten gemeinsam erarbeiteten Aufruf „Unseren Föderalismus erneuern! – Es geht um unsere Zukunft.“, der weitgehende Forderungen zur Umstrukturierung unseres Staatswesens zum Inhalt hat.

Fotos zu aktuellen Ereignissen finden Sie unter [www.bilder.cdu.de](http://www.bilder.cdu.de) zur rechtfreien Nutzung



Die Reform des Föderalismus muss weiterhin auf der Tagesordnung bleiben.

**Günther Krings** ist der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Leiter der Projektgruppe Bildung in der Bundesstaatskommission.

## Kronzeugenregelung: wichtiges Instrument zur Verbrechensbekämpfung

### Erklärung im Anschluss an die Anhörung des Rechtsausschusses zur Wiedereinführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten

Im Bereich der Organisierten Kriminalität bedarf es dringend einer Ergänzung der bisherigen Kronzeugenregelung im Strafrecht sowie einer Wiedereinführung der Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten. Dies ist das fast einhellige Ergebnis einer Sachverständigenanhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages. Das geltende Rechtssystem stellt etwa bei Großverfahren und bei Intensivtätern der Organisierten Kri-

riminalität geradezu eine Einladung für die Täter dar. Daher ist eine gesetzlich geregelte und den Rechtsstaatsprinzipien entsprechende Kronzeugenregelung ein Beweisführungsinstrument von hoher Qualität.

Zugleich sollte eine solche Kronzeugenregelung Bestandteil eines gesamtheitlichen strafprozessualen Verfahrens sein, in dem verschiedene Instrumente der Zusammenarbeit mit beschuldigten Straftätern geregelt werden. Einen weiteren Baustein eines solchen gesamtheitlichen Verfahrens sollten auch Prozessabsprachen mit Beschuldigten bilden. Die Konzeption eines solchen Gesamtkonzepts wird daher die vornehmliche Aufgabe einer bei Neuwahlen gewählten neuen Bundesregierung sein.

**Jürgen Gehb** ist der rechtspolitische Sprecher, **Hartmut Koschyk** der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Jürgen Gehb



Hartmut Koschyk

EU-Referenden:

## Sorgen der Menschen ernst nehmen – Ratifizierungsprozess ernst nehmen

Das „Nein“ der Niederländer im Referendum zur Europäischen Verfassung ist – nach der Entscheidung Frankreichs – ein Rückschlag für die Europäische Union, hat der Vorsitzende der EVP-ED Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering erklärt.

Allerdings könne das Nein von zwei Ländern, mit insgesamt 75 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, nicht ein endgültiges Scheitern des gesamten Ratifizierungsprozesses bedeuten.

„Das Nein von zwei Ländern der Europäischen Union ist zwar sehr enttäuschend, aber zwei Länder können nicht für alle anderen Ländern der EU sprechen. Deswegen muss der Ratifizierungsprozess fortgeführt werden“, erklärte Pöttering. Er wies insbesondere darauf hin, dass neun Länder, mit insgesamt 220 Millionen Bürgern, bereits den Vertrag ratifiziert haben. Darunter Spanien im Rahmen eines Referendums, in dem sich 76% der spanischen Wähler für die Verfassung ausgesprochen haben.



Hans-Gert Pöttering

Pöttering warnte davor, dass ein endgültiges Scheitern der Verfassung zu einer Schwächung Europas, zu unzureichender Handlungsfähigkeit nach innen und aussen und weniger Demokratie führen werde.

Der Europäische Rat müsse, wie in der Verfassung und ihren Anhängen vorgesehen, zwei Jahre nach der Unterzeichnung der Verfassung, die Situation prüfen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt müsse über das weitere politische Vorgehen entschieden werden.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sollten bereits bei ihrem nächsten Gipfeltreffen am 16./17. Juni ein klares Signal geben, dass sich die Eu-

ropäische Union auf ihre Kernaufgaben konzentrieren werde und handlungsfähig bleiben müsse. In Antwort auf die Fragen der Menschen, die gegen die Verfassung gestimmt haben, müsse deutlich gemacht werden, dass die Probleme der Immigration, der Arbeitsplätze, der inneren und äußeren Sicherheit gemeinsam in der Europäischen Union besser gelöst werden können als von einzelnen Mitgliedstaaten.

Wichtig, so Pöttering weiter, sei in diesem Zusammenhang auch die Definition der geographischen Grenzen der Europäischen Union, um die Identität Europas und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen zu bewahren. „Wir müssen die Sorgen der Menschen in Europa sehr ernst nehmen“, erklärte Pöttering. Der Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden habe gezeigt, dass die Europäische Union in diesen Fragen bisher keine ausreichend überzeugenden Antworten auf die Fragen vieler Menschen in der Europäischen Union gegeben habe.

# Erfolgreiche Präsenz der Union auf dem Evangelischen Kirchentag

Am Eröffnungsabend des 30. Deutschen Evangelischen Kirchentages hatte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) im Festsaal des Alten Rathauses von Hannover zu seinem 2. Empfang im Rahmen des Evangelischen Kirchentages geladen. Unter den knapp 600 Gästen, darunter zahlreiche Prominenz aus Politik und Kirche, befanden sich auch die CDU-Parteivorsitzende, Angela Merkel, der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Eckhard Nagel, die Bischöfin der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers, Margot Käßmann, der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Christian Wulff, und der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Wolfgang Huber.

In seiner Ansprache nahm der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel Bezug auf die Losung des Kirchentages „Wenn dein Kind dich morgen fragt...“ und zeigte sich überzeugt, dass die Christen in der Politik in einer Zeit des Wertewandels und der zunehmenden allgemeinen Orientierungslosigkeit viel zu leisten hätten.



Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der EAK-Vorsitzende Thomas Rachel am Stand

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bemerkte hinsichtlich des Leitspruches des Kirchentages, dass es sich um ein Motto handele, wie es für eine Christdemokratin und für einen Christdemokraten nicht gelungener sein könne. Für die Gestaltung der Zukunft sei die christliche Botschaft eine maßgebliche Instanz, denn Werte würden uns nicht zufallen. Sie seien vielmehr Wurzeln in und aus Gott heraus, von denen wir leben.

„Wenn dein Kind dich morgen fragt... – Gemeinsam in christlich-demokratischer Verantwortung“ – unter diesem Motto präsentierten sich die CDU-Vereinigungen EAK, CDA, Senioren Union und RCDS erstma-

lig mit einer Standgemeinschaft auf dem „Markt der Möglichkeiten“. Nach einer viel beachteten Bibelarbeit und einer Podiumsdiskussion über Europa kam Angela Merkel zum überfüllten Stand des EAK, wo zahlreiche Kirchentagsbesucher sie mit viel Beifall begrüßten.

## ANKÜNDIGUNG

42. EAK-Bundestagung am 10. und 11. Juni in Heidelberg, Stadthalle. Motto: „Zukunft für Deutschland – zwischen ‚Multikulti‘ und ‚Leitkultur‘?“

**Gastrednerin:** CDU-Vorsitzende Angela Merkel zum Thema „Zukunft für Deutschland in christdemokratischer Perspektive“ (11. Juni, 10.30 Uhr)

Mehrheiten gewinnen!

### Leitfaden „Mehrheiten gewinnen“

Tipps und Anregungen für den Wahlkampf  
in Städten und Gemeinden

Bestell-Nummer: **4548**  
Preis je 10 Stück: **7,50 €**  
inkl. MwSt.: 8,03 €

Tipps und Anregungen für den  
Wahlkampf in Städten und Gemeinden

Wahl für die Wiedereinsetzung



### Postkarte „Rekordarbeitslosigkeit, und Schröder gibt auf“

Bestell-Nummer: **9197**  
Preis je 50 Stück: **5,35 €**  
inkl. MwSt.: 5,72 €

Rekordarbeitslosigkeit, und Schröder gibt auf:

„Wir haben jedenfalls mit der Arbeitsmarkt-  
reform unser Möglichstes zur Reduzierung  
der Arbeitslosigkeit getan.“

Wahl für die Wiedereinsetzung



## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

## Die neuen Wandzeitungen



Dassind die aktuellen Wandzeitungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Alle Jahresabonnenten erhalten in den nächsten Tagen beide Wandzeitungsmotive.